



Sozialdemokratische Partei
Basel-Stadt

Pressemappe

Basel, 28. Oktober 2014

Für eine faire Integration

Eine verantwortungsbewusste Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, wie ihre Mitglieder miteinander umgehen.

Nicht Misstrauen und Ablehnung sollten den menschlichen Umgang bestimmen sondern Vertrauen, Wohlwollen und Respekt. Offenheit und Neugierde sind wichtige Eigenschaften, welche uns für Neues zugänglich machen und unser Leben bereichern.

Wir wollen uns dieser Haltung nicht verschliessen. Die SVP-Initiative steht ihr jedoch diametral entgegen. Daher ist sie abzulehnen. Der Gegenvorschlag beinhaltet Begrüssungsgespräche, was der Start zu einem fairen Miteinander bedeutet.

Brigitte Hollinger, Präsidentin SP Basel-Stadt

(Es gilt das gesprochene Wort)



Integration JA – aber richtig!

Die „Integrationsinitiative“ der SVP ist eine bürokratische Mogelpackung

Das Ziel der Initiative ist nicht die bessere Integration von Migrantinnen und Migranten in unsere Gesellschaft, sondern deren Abschreckung. Mit restriktiven Massnahmen und unfairen Schikanen sollen Migrantinnen und Migranten unabhängig ihrer Möglichkeiten zur Integration gezwungen werden. Zudem sorgt die Initiative mit der Einführung der flächendeckenden Integrationsvereinbarungen für einen riesigen bürokratischen Aufwand. Damit werden sinnlose Kosten verursacht, denn der grösste Teil der Migrantinnen und Migranten integriert sich absolut problemlos.

Integration begleiten statt bürokratisieren

Der Gegenvorschlag besteht durch das Konzept der gezielten Erstinformation. Der Gegenvorschlag will, dass Migrantinnen und Migranten am Schalter der Einwohnerdienste mit einer persönlichen Erstinformation begrüsst werden. Bei diesem Begrüssungsgespräch sollen die Migrantinnen und Migranten zudem einen Gutschein für einen ersten Sprachkurs erhalten. Damit kann der Anreiz zum Spracherwerb zusätzlich verstärkt werden. Das Angebot kann innerhalb eines Jahres mit dem Gutschein in Anspruch genommen werden. Eine schnelle sprachliche Integration soll die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Die Kosten sind gut investiert und liegen auch im wirtschaftlichen Interesse. Nach dem Begrüssungsgespräch haben die Migrantinnen und Migranten Zeit, sich selbstverantwortlich für ihre persönliche Integration einzusetzen.

Integrationsgespräche und -vereinbarungen nach Bedarf

Nach 6-12 Monaten werden die Migrantinnen und Migranten bei Bedarf zu einem Integrationsgespräch eingeladen. Dies erlaubt die frühzeitige Erkennung eines ungünstigen Integrationsverlaufs und die Zuweisung zu geeigneten Unterstützungsleistungen. Die Verwaltung kann beim Integrationsgespräch eine Integrationsempfehlung (z.B. Besuch eines Sprach- oder Integrationskurses) vorsehen. Falls nach einem Integrationsgespräch noch Bedarf besteht, kann in notwendigen Fällen eine Integrationsvereinbarung mit der betroffenen Person abgeschlossen werden.

Gegenvorschlag bringt Verbesserung gegenüber dem Status quo

Der Gegenvorschlag ist nicht nur eine faire Alternative zur untauglichen SVP-Initiative, sondern er bringt auch Verbesserungen gegenüber der aktuellen Rechtslage. Endlich wird neben dem repressiven Ansatz der Integrationsvereinbarungen auch der Förderung mehr Bedeutung zugemessen: Migrantinnen und Migranten werden auf den Einwohnerdiensten mit einem Erstgespräch begrüsst und informiert. Zudem erhalten sie einen Gutschein für einen ersten Sprachkurs. Damit wird sichergestellt, dass alle die Chance erhalten, Deutsch zu lernen. Es gibt keine Kosten und keine administrativen Hürden. Die Migrantinnen und Migranten werden im ersten Sprachkurs bedarfsgerecht über weiterführende Kurse informiert. Im Grundsatz Fordern UND Fördern kommt somit endlich dem "Fördern" mehr Gewicht zu.

Tanja Soland, Grossrätin SP Basel-Stadt

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Medienschaffende,
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich bin seit 23 Jahren in der Schweiz. In diesen 23 Jahren habe ich jeden Tag in der Politik, im Sport, in der Kultur, im Geschäftsleben und so weiter, und so weiter gut integrierte und erfolgreiche Ausländer getroffen.

Nun könnte man von einer Partei, die sagt, dass sie dieses Land liebt, dass sie Patrioten sind, eine Initiative erwarten, die diese Menschen noch mehr motivieren will, sich noch besser zu integrieren.

Aber NEIN stattdessen kommen sie wie immer in den letzten Jahren mit einer Initiative, die „faulen Ausländer“, die nicht unsere Sprache lernen wollen, die sich nicht für unsere Kultur interessieren mittels einer Vereinbarung zur Integration zwingt. Wer diese nicht unterzeichnet und die Kurse nicht erfolgreich besteht, dem wird mit dem Entzug der Aufenthaltsbewilligung gedroht!

Und das nennt die SVP eine bessere Integration. Es ist ein Schlag ins Gesicht für alle Migrantinnen und Migranten. Diese Initiative fördert nicht die Integration, sondern die Diskriminierung und Repression gegenüber Migrantinnen und Migranten!

Zudem würde mit der Annahme der Initiative eine heute schon restriktive Praxis, nämlich der Abschluss von Integrationsvereinbarungen, weiter verkompliziert. Und das vor dem, von der SVP natürlich verschwiegenen Hintergrund, dass bestehende Integrationsvereinbarungen in keinem einzigen Kanton funktionieren. Nicht nur stellen sie einen hohen Aufwand dar, nein, sie sind sogar komplett überflüssig, weil bereits heute bei jeder Bewilligung, bei jeder Erneuerung, bei jeder Verlängerung alle Personen und ihre Angaben intensiv überprüft werden.

Auch diese Initiative bestätigt den Trend. Der Bereich Migration und Integration ist zum Versuchskaninchen der Politik mutiert. Auf allen Ebenen wird versucht etwas mit einer Initiative, einem Gesetz oder einem Reglement zu organisieren. Obwohl sich immer wieder zeigt, dass es so nicht funktioniert.

Meine Damen und Herren

Beim Thema Migration und Integration geht es um Menschen.

Menschen sind keine Maschinen. Sie haben Gefühle, Sensibilitäten, Sorgen und Sehnsüchte. Man soll Ihnen das Leben nicht noch schwieriger machen. Sie sollen eine Willkommenskultur vorfinden, damit sie von Anfang an Lust auf die neue Heimat haben. Diese Initiative will jedoch die Leute vom ersten Tag an in ein Korsett stecken. Und das hat mit Integration überhaupt nichts zu tun.

Deshalb braucht der Kanton Basel-Stadt ganz sicher nicht noch eine Initiative, die nicht nur mehr Aufwand bedeutet, sondern in der Praxis unmöglich umzusetzen ist. Wollen wir mehr Geld in die Bürokratie stecken und den Aufwand unverhältnismässig aufblasen? – das passiert wenn die Initiative angenommen wird –, oder wollen wir lieber, unser Geld in Sprachkurse investieren?

Aus diesen Gründen sage ich klar NEIN zur Initiative und stimme einem überzeugten JA zum Gegenvorschlag.

Mustafa Atici, IG Migration, Unia Nordwestschweiz
28. Oktober 2014 (es gilt das gesprochene Wort)

Der Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag sieht ein Integrationskonzept vor, das von Beginn an effizient alle Neuzugezogenen erreicht.

Integrationsförderung ab Zuzug

Erstmals werden mit dem Gegenvorschlag Begrüssungs- und Integrationsgespräche gesetzlich verankert. Ab Zuzug, das heisst bei der Anmeldung auf dem Einwohneramt finden Begrüssungsgespräche statt. Bei dieser ausführlichen Erstinformation werden Zugezogene willkommen geheissen, über ihre Rechte und Pflichten informiert sowie über die Integrationsangebote orientiert.

Nach 6 bis 12 Monaten wird der Integrationsverlauf in den so genannten Integrationsgesprächen beurteilt. Hier erfolgt eine gezielte Informationsvermittlung angepasst auf die persönliche Lebenssituation.

Effiziente Integrationsförderung

Nach den Erstinformationen in den Begrüssungs- und Integrationsgesprächen wird Neuzugezogenen Zeit gelassen, sich selbstverantwortlich für ihre eigene Integration einzusetzen. Es werden damit nicht einfach flächendeckend Integrationsvereinbarungen geschlossen. Nur bei offensichtlichem Bedarf, schätzungsweise in ca 5-10% der Fälle, erfolgt so eine Integrationsvereinbarung. Dies ist viel effizienter und freundlicher als es die Initiative vorsieht. Diese geht bei allen Zugezogenen von einem Integrationsdefizit aus und will flächendeckend Integrationsvereinbarungen abschliessen.

Integrationsförderung für alle

Integrationsvereinbarungen, auch wenn dies die Initiative anders vermitteln will, sind nur bei Drittstaatsangehörigen möglich. Der Gegenvorschlag kann dagegen mit seinen Begrüssungs- und Integrationsgesprächen alle Neuzugezogene, also auch EU/EFTA-Staatsangehörige erreichen. Dies ist wichtig, immerhin machen sie den grössten Teil der Neuzugezogenen aus.

Nora Bertschi, Grossrätin, Grünes Bündnis

Kostenlose Sprachkurse (Gegenvorschlag)

§4 Absatz 3^{bis} Der Kanton stellt eine bedarfsgerechte Vielfalt an Sprach- und Integrationskursen sicher. **Er bietet den neu zugezogenen Migrantinnen und Migranten während ihres ersten Aufenthaltsjahres in der Schweiz einen kostenlosen Sprachkurs an.**

Die Kosten für weitere Sprach- oder Integrationskurse bemessen sich nach den finanziellen Verhältnissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die Sprachkurse sollen ab erster Stunde verlangt und zur Verfügung gestellt werden. So werden nachhaltig Kosten gespart und alle NeuzuzügerInnen können erreicht werden. Das wäre eine konsequente Umsetzung des Prinzips „Fordern und Fördern.“

Das Angebot richtet sich insbesondere auch an Migrantinnen und Migranten – oftmals im Familiennachzug –, die über begrenzte finanzielle Mittel verfügen und sich deshalb keinen Deutschkurs leisten können.

Bereits in anderen Ländern gibt es ähnliche Anreizsysteme: In Schweden konzentrieren sich staatliche Massnahmen auf neu zugezogene Einwanderer und schaffen die Voraussetzungen, „dass diese für sich selbst und ihren Lebensunterhalt sorgen können, dass ihre gesellschaftliche Partizipation ermöglicht wird und dass sie selbst Verantwortung übernehmen können.“ Ein Viertel bis ein Drittel der neu zugezogenen Migrantinnen und Migranten nimmt an den Kursen teil.

In Basel haben wir eine grosszügigere Hochrechnung: Gemäss der Fachstelle Erwachsenenbildung haben in BS im Jahr 2013 **7,3%** aller neuzugezogenen Ausländerinnen und Ausländer aus nicht-deutschsprachigen Ländern einen subventionierten Kurs besucht (756 Neuzugezogene). Von den schon länger, also mehr als 2 Jahre in BS lebenden Migrantinnen und Migranten waren es **4,3%**. Unklar ist, wie viele Personen nicht-subventionierte Kurse bzw. Angebote von Arbeitgebern besucht haben.

Momentan gibt es im Kanton nur subventionierte Kurse. Die Kursteilnehmer erhalten eine Kursgeldreduktion (Subjektfinanzierung). Dies jedoch nur, wenn sie das entsprechende Angebot finden und alle erforderlichen Unterlagen beschaffen können. Die Hemmschwelle und der administrative Aufwand sind zu gross, um eine Reduktion der Sprachkursgebühren zu erhalten.

Das Ziel der vorgeschlagenen Regelung ist, die Neuzuziehenden durch eine „Anschubfinanzierung“ zu einem Kursbesuch zu motivieren. Aktuell werden zu wenige Migrantinnen erreicht. Deshalb braucht es einen zusätzlichen Anreiz.

Das Angebot, einen standardisierten Deutschkurs zu besuchen, kann von Neuzugezogenen innerhalb eines Jahres mit einem personalisierten Kursgutschein in Anspruch genommen werden. Die Berechnung der **Kosten von 3.5 Mio. Franken (inkl. Entwicklung des Kursformats und Qualitätskontrolle)** geht von 5'500 Neuzuziehenden aus nicht-deutschsprachigen Ländern aus, wovon schätzungsweise **2'750 Personen (50%)** einen Gratis-Deutschkurs im Umfang von 85 Lektionen besuchen werden. Die Vollkosten pro Lektion betragen 15 Franken.

Mit dem Angebot eines kostenlosen Sprachkurses soll der Anreiz zum Spracherwerb als wichtiges Element der Integration verstärkt und der Kanton in die Pflicht genommen werden. Die Forderung nach rascher sprachlicher Integration verlangt ein entsprechendes Angebot. Die geschätzten Kosten von 3,5 Mio. Franken sind gut investiert und von **wirtschaftlichem Interesse**: Das Angebot führt längerfristig zu einer **schnelleren Integration im Arbeitsmarkt** und wird damit letztlich auch **eine Entlastung der Sozialhilfe** bewirken. Zudem wird es Einsparungen bei den vom Staat mitfinanzierten Beratungsstellen geben.

Die Befürchtung, dass Hochqualifizierte das allgemeine Angebot in grosser Zahl in Anspruch nehmen werden, trifft nicht zu, weil diese eher an spezialisierten Kursen interessiert sind und deshalb weiterhin die Kurse des Arbeitgebers besuchen werden.

Dass Unternehmen, welche bislang Sprachkurse zur Verfügung stellen, keine Kurse mehr anbieten würden, wenn **alle NeuzuzügerInnen** einen unentgeltlichen Sprachkurs besuchen können, stimmt so nicht. Novartis wird die eigenen Leute nicht in einen unentgeltlichen Sprachkurs schicken. Umgekehrt kann davon ausgegangen werden, dass die Unternehmen, welche bei der Einführung der Integrationsinitiative motiviert werden sollten, Sprachkurse einzuführen oder ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Sprachkurse zu schicken und hierfür Arbeitszeit zur Verfügung stellen, mit dieser Regelung abholt werden können.

Sibel Arslan